

Unisex-Toiletten + Unisex-(Einzel-)Umkleiden:

Toiletten und Umkleiden in städtischen Gebäuden und Einrichtungen sind häufig an binären Geschlechterbildern orientiert. Immer wieder geraten trans* und inter* Menschen in Probleme, wenn sie diese Räume nutzen wollen und gezwungen werden, sich zwischen einer Toilette für Männer oder eine Toilette für Frauen zu entscheiden. Probleme entstehen bei Toiletten insbesondere dann, wenn eine Person nicht eindeutig männlich oder weiblich gelesen wird. Fehlende geschlechtsunabhängige Einzelumkleiden und Duschen stellen (durch die unvermeidbare Bloßstellung körperlicher Merkmale) eine unüberwindbare Herausforderung dar und schließen trans* und inter* Menschen von Veranstaltungen in solchen Räumlichkeiten faktisch aus.

Da das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, dass eine binäre Personenstandsregelung nicht der tatsächlichen Realität entspricht, und somit den Weg für einen dritten Geschlechtseintrag geebnet hat, fordern wir, dass in städtischen Gebäuden wie zum Beispiel Schulen, Bürgerhäusern und Sportstätten Alternativen zu binären Toiletten und Umkleideräumen eingerichtet werden.

Antwort Freie Demokraten:

Der Bundestag hat mit Änderung des Personenstandsrechts die Eintragung eines dritten Geschlechts in das Geburtsregister ermöglicht. Daher ist die von manchen Verantwortlichen geführte Debatte über die Frage, wie viele Menschen möglicherweise hiervon angesprochen sind völlig unerheblich und irreführend. Die Qualität einer Demokratie zeichnet sich dadurch aus, wie sie Minderheiten berücksichtigt und mitnimmt. Jeder sollte daher ohne sich stigmatisiert oder unwohl zu fühlen eine öffentliche Toilette aufsuchen können. Selbst bei Spielen der deutschen Nationalmannschaft gibt standardmäßig Unisex-Toiletten. Damit wolle man geschlechtlicher Vielfalt im Stadion stärker Rechnung tragen. Und was der DFB kann, sollte die Wissenschaftsstadt Darmstadt schon lange können. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Angebot von Toilettenanlagen in öffentlichen Räumen, das von allen Menschen barriere- und diskriminierungsfrei genutzt werden kann.

Hilfe für LSBT*IQ Jugendliche:

Im jungen Alter geschieht die sehr wichtige psychische Entwicklung und Identitätsfindung. Für Jugendliche, die in einer Familiensituation leben, in der ihre Identität nicht akzeptiert wird, werden sie durch Diskriminierung oder sogar körperliche Gewalt in dieser Findung möglicherweise eingeschränkt. Dies kann schwerwiegende psychische Traumata zur Folge haben.

Wir fordern Hilfe für LSBT*IQ Jugendliche, die von zu Hause aufgrund von Diskriminierung seitens der eigenen Familie dazu gezwungen sind, auszuziehen. Insbesondere fordern wir eine feste Ansprechperson im Jugendamt für LSBT*IQ Jugendliche, die für jene Jugendliche auch eine sichere Unterkunft in Kooperation mit Einrichtungen bzw. Trägern der Erziehungsberatung oder Jugendhilfe bereithält.

Antwort Freie Demokraten:

Die Freien Demokraten unterstützen die Forderung nach einem festen Ansprechpartner und einer festen Vertrauensperson im Jugendamt, die sich in besonderem Maße der Hilfestellung für LSBT*IQ Jugendlichen verantwortlich fühlt und für diese der erste Ansprechpartner und vertrauensvolle Zugang ist.

Queer-Sensible Schulsozialarbeit:

Laut Antidiskriminierungsstelle des Bundes geben 94% der befragten Schüler_innen an, in den letzten 12 Monaten abfällige Bemerkungen über LSBT*IQ oder Schimpfwörter in ihre Richtung mitbekommen zu haben. Jede achte befragte Person gab 2017 sogar an, mindestens einmal körperliche Gewalt gegenüber LSBT*IQ-Personen beobachtet zu haben. Um die Ursachen zu bekämpfen, gibt es bereits ehrenamtliche Antidiskriminierungs- und Bildungsprojekte wie zum Beispiel SCHLAU - doch diese nur vereinzelt und lokal.

An Schulen mangelt es an Ansprechpersonen für queere Themen. Wir fordern daher LSBT*IQ-qualifizierte Ansprechpersonen an Schulen. Um der Diskriminierung entgegenzuwirken, fordern wir ebenfalls eine hauptamtliche Stelle für das außerschulische Bildungsprojekt SCHLAU in Südhessen.

Antwort Freie Demokraten:

Wir unterstützen die Ziele des queeren Bildungs- und Antidiskriminierungsprojekts „SCHLAU“ uneingeschränkt. Die dort angebotenen Workshops mit Schulklassen, Jugendlichen und jungen Erwachsenen helfen Teilnehmenden mit jungen a*, lesbischen, schwulen, bi, trans*, inter*, pan* und queeren Menschen ins Gespräch zu kommen. So spricht man miteinander und nicht übereinander über Lebenswirklichkeiten und Biografien, Diskriminierungserfahrungen sowie Vorurteile und Rollenbilder. Dies leistet einen unverzichtbaren Beitrag bei der Sensibilisierung für die Lebenssituation von jungen queeren Menschen, es macht gesellschaftliche Vielfalt sichtbar und fördert Respekt und Akzeptanz.

Daher stehen wir ohne Vorbehalte zur Förderung des Vereins vielbunt e.V. als Träger des lokalen SCHLAU-Projekts in Darmstadt. Da es in Südhessen jedoch nur die Darmstädter Initiative gibt und daneben in ganz Hessen nur vier weitere lokale SCHLAU-Projekte (und diese fast ausnahmslos in den großen Oberzentren) sehen wir die Schaffung einer hauptamtlichen Mitarbeiterstruktur zunächst auf Ebene des Landesnetzwerks Hessen angesiedelt. Hier sollte mit Hilfe des zuständigen Ministeriums eine Stelle geschaffen werden, die hilft mehr lokale SCHLAU-Projekte zu initiieren und diese zu vernetzen.

In Darmstadt sehen wir die kommunale Verantwortung darin, den Trägerverein vielbunt e.V. weiter zu unterstützen und aufsetzend auf der guten, quartiersbezogenen Schulsozialarbeit hier die Verknüpfungen herzustellen zwischen den einzelnen Trägern. Dies kann aus unserer Sicht auch dadurch geschehen, dass die Stadt SCHLAU-Workshops für die Träger der Schulsozialarbeit organisiert und bezahlt. So kann auch, neben den ohnehin stattfindenden Qualifizierungsmaßnahmen, eine gezielte Fortbildung im Bereich queere Bildungsarbeit erfolgen.

Inter* Sensibilisierung in der Kinderbetreuung:

Die geschlechtliche Identität von Kindern ist nicht immer eindeutig. Pädagog_innen und Erzieher_innen in Kindertagesstätten erleben dies zwar im Alltag der Kinderbetreuung, jedoch sind sie im Umgang damit nicht geschult bzw. professionell sensibilisiert. Das betrifft auch die Kommunikation mit den Eltern von inter* und trans* Kindern.

Wir fordern deshalb Bildungsangebote für Mitarbeitende in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, um den Bedürfnissen von inter* und trans* Kindern gerecht zu werden.

Antwort Freie Demokraten:

Mehr als ein Viertel aller in der DJI Studie befragten jungen Trans* geben an, dass sie schon immer gewusst haben, dass sie trans* sind. Fast die Hälfte wusste es spätestens im Alter von 12 Jahren. Trans* ist deshalb auch für Kitas und Grundschulen ein Thema – oder vielmehr sollte es sein, um alle Kinder ungeachtet ihrer Geschlechtsidentität gleich zu berechtigen.

Im Kontext ihrer Arbeit thematisieren pädagogische Fachkräfte oft, dass es bei Eltern Unsicherheiten und Ängste gibt, wenn das Verhalten von Kindern in Bezug auf Geschlechterrollen nicht den eigenen Erwartungen entspricht. Daher ist es wichtig durch eine akzeptierende, unterstützende Grundhaltung die Kinder in ihrem Selbstwert zu stärken. Auch Pädagog*innen stehen vor vielen Fragen. Fortbildungsmaterialien und Fortbildungen, die sich an Erzieher*innen wenden, Antworten auf Praxisfragen geben und Möglichkeiten aufzeigen, wie Geschlechtsidentität als ein Aspekt von Vielfaltspädagogik in frühkindlicher Bildung behandelt werden kann, müssen daher fester Bestandteil der pädagogischen Arbeit sein. Durch zusätzliche altersgerechte Bildungsmaterialien können Kinder bereits im frühen Alter lernen, Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit wertzuschätzen. Wissen und Handlungskompetenz zu Themen der Geschlechtsidentität und der sexuellen Orientierung sind unabdingbar. Lehrkräften, Erzieher*innen und pädagogischen Fachkräften kommt in ihrer Vorbildfunktion eine wichtige Rolle zu. Sie sind gefordert, sich zu positionieren, Ausgrenzungsmechanismen zu thematisieren, Normen zu hinterfragen und eine solidarische Haltung einzunehmen. Das wollen wir stärken, unterstützen und fördern.

LSBT*IQ Flüchtlinge:

Queere Geflüchtete in Darmstadt suchen häufig Rat, weil sie in den Gemeinschaftsunterkünften mit Homo- und Transfeindlichkeit konfrontiert sind. Öffentliche Stellen im Asyl- und Ausländerwesen sind zudem oftmals nicht ausreichend geschult und zeigen wenig Verständnis für die spezifischen Bedarfe von LSBT*IQ Geflüchteten. Die Arbeit für Rainbow Refugees von vielbunt braucht die Stadt als Partner auf Augenhöhe.

Wir fordern eine adäquate Unterbringung für LSBT*IQ Flüchtlinge und eine umfassende Sensibilisierung für alle städtischen Angestellten im Arbeitsbereich Asyl- und Ausländerwesen. Gerade im Sozialamt braucht vielbunt eine Ansprechperson, um Anliegen queerer Flüchtlinge gemeinsam bearbeiten zu können.

Antwort Freie Demokraten:

Es ist vorsichtig geschätzt davon auszugehen, dass mindestens 5 % der Flüchtlinge eine LSBT*IQ-Identität haben. Diese Personen sind in besonderem Maße schutzbedürftig. LSBT*IQ-Flüchtlinge können nach Bekanntwerden ihrer sexuellen Orientierung und/ oder geschlechtlichen Identität in Gemeinschaftsunterkünften Anfeindungen durch Mitbewohner_innen und Personal ausgesetzt sein.

Hier braucht es verbindliche Hausordnungen, LSBT*IQ-inklusive Gewaltschutzkonzepte und Schutzräume für Betroffene. Eine Person in der Einrichtung sollte als Ansprechpartner_in für LSBT*IQ-Flüchtlinge gewonnen werden. Zudem sollten Möglichkeiten geschaffen werden, dass LSBT*IQ-Flüchtlinge diskret Kontakt aufnehmen können, um ihre persönliche Situation in einem geschützten Rahmen thematisieren zu können. Die Ansprechpartner_innen in den Einrichtungen sollten einer Schweigepflicht unterliegen. Dies sollte auch den Geflüchteten vermittelt werden, um die Hemmschwelle einer Kontaktaufnahme möglichst niedrig zu halten und Sicherheit zu geben. Im Sinne eines Gewaltschutzkonzepts sollten Notrufsysteme in den Einrichtungen in nicht einsehbaren Bereichen, insbesondere in den Sanitärbereichen, installiert werden. Wichtig ist hier auch das Vertrauen der Geflüchteten in den Wachdienst/die Security und das Wissen, dass sie sich bei einem Vorfall an sie wenden können. Eine Schulung/Sensibilisierung für das Thema halten wir daher für zwingend. Darüber hinaus gilt der in Darmstadt von Beginn verfolgte Grundsatz, die endgültig zum Verbleib auf die Stadt Darmstadt verteilten Geflüchteten so schnell wie möglich dezentral unterzubringen und keine Gemeinschaftsunterkünfte als Dauerunterkunft anzubieten.

Barrierefreiheit im Queeren Zentrum:

Das Queere Zentrum Darmstadt soll eine Anlaufstelle für alle queeren Menschen und ihre Anliegen sein. Personen mit einer körperlichen Beeinträchtigung können jedoch nicht ohne fremde Hilfe das Gebäude betreten aufgrund der Treppensituation. Ebenfalls gibt es keine Toilette, die mit einem Rollstuhl benutzt werden kann. Somit führen die räumlichen Gegebenheiten zu einer Diskriminierung und einem Ausschluss von Menschen mit körperlichen Einschränkungen.

Wir fordern deshalb eine erweiterte Barrierefreiheit für das Queere Zentrum, mindestens durch einen rollstuhlgerechten Zugang und eine rollstuhlgerechte Toilette, ebenfalls aber durch das Hinzufügen eines taktilen Leitsystems, induktiven Höranlagen und sonstigen Einrichtungen.

Antwort Freie Demokraten:

Das Vorhaben unterstützen wir uneingeschränkt. Wie alle dem Publikumsverkehr zugängliche Einrichtungen muss auch das Queere Jugendzentrum barrierefrei zugänglich sein, damit allen die Teilhabe an den Angeboten oder aber auch einfach nur ein Besuch der Örtlichkeit möglich ist. Das Queere Jugendzentrum ist daher, sofern nicht bereits erfolgt, in die Projektliste für Sanierungen zur Herstellung von Barrierefreiheit aufzunehmen und die angesprochenen Maßnahmen sind ihrem Dringlichkeitsgrad nach zu priorisieren.

Diskriminierungsfreie Sprache:

Das generische Maskulinum blendet in der deutschen Sprache Menschen, die nicht männlich sind, aus. Somit werden Menschen, die weiblich, inter* oder nichtbinär sind, nicht nur sprachlich ausgeschlossen, sondern können bei vielen Formularen auch nicht ihr Geschlecht ankreuzen. Die Stadt muss jedoch Menschen jedes Geschlechts diskriminierungsfrei entgegenreten, insbesondere nicht nur Männern und Frauen.

Wir fordern, dass die Stadt grundsätzlich eine diskriminierungsfreie Sprache anwendet, die Menschen aller Geschlechter einen Zugang schafft und anspricht.

Antwort Freie Demokraten:

Wir gehen selbstverständlich davon aus, dass die öffentliche Verwaltung der Stadt Darmstadt eine den allgemein geltenden Regeln der Gesetzes- und Verordnungslage entsprechende diskriminierungsfreie Sprache verwendet. Wo dies nicht der Fall ist, werden wir uns dafür einsetzen, dass eine solche künftig verwendet wird. Notwendige Schulungen der städtischen Mitarbeiter unterstützen wir.

Selbstverständnis zur Antidiskriminierung bei Städtepartnerschaften:

Diskriminierung von queeren Menschen findet nicht nur in Darmstadt statt, sondern weltweit. Auch in Europa stehen einige Länder gerade vor der Situation, dass Rechte von queeren Menschen eingeschränkt werden und diese auch auf lokaler Ebene politisch diskriminiert werden. Ein Beispiel sind die sich etablierenden sogenannten "LGBT-ideologiefreien Zonen" in Polen oder die Beschneidung der Rechte von trans* Menschen in Ungarn.

Wir fordern die Formulierung eines Selbstverständnisses für den Umgang mit solchen Vorfällen in Partnerstädten und eine Zusammenarbeit mit diesen für eine diskriminierungsfreie Lebenssituation von queeren Menschen.

Antwort Freie Demokraten:

Uns Freien Demokraten liegen die Städtepartnerschaften besonders am Herzen. Sie bilden einen Brückenschlag zwischen den Menschen in verschiedenen Ländern und Kulturen und ermöglichen Begegnungen unter Freunden. In der Schule, im Verein, beim Sport. Gerade heute, wo die europäische Einigkeit so fragil erscheint wie lange nicht mehr, ist uns dies besonders wichtig. Unter Freunden kann und muss man aber auch die Sorge zum Ausdruck bringen können, wenn man glaubt, dass sich Dinge in die falsche Richtung entwickeln. Das hat die Stadt Darmstadt gegenüber unserer Partnerstadt Bursa getan, und wir würden es auch gegenüber unseren Freunden in Szeged, Gyöngyös und Pločnice tun. Erfreulicherweise haben sich unsere vorgenannten Partnerstädte diesen unsäglichen und menschenverachtenden Initiativen nicht angeschlossen.